Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung

In dem Statutenstreitverfahren

6/2011/St

06.07.2011

auf Antrag des (...)

- Antragsteller und Berufungsführer -

gegen

(...)

- Antragsgegner und Berufungsgegner -

hat die Bundesschiedskommission am 24. Februar 2012

unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,

Werner Ballhausen, Stellvertretender Vorsitzender ,

Prof. Dr. Roland Rixecker, Stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

Unter Aufhebung der Entscheidung der Landesschiedskommission des SPD-Landesverbandes (...) vom 09. November 2011 wird der im Schriftsatz vom 09. Dezember 2011 gestellte Antrag des Berufungsführers abgelehnt.

Kosten werden nicht erhoben, Auslagen werden nicht erstattet.

Gründe:

A.

Am 08. April 2011 fand in (...) der Parteitag des SPD-Stadtverbands (...) statt, zu dem am 30. März 2011 geladen worden war. Der Stadtverband ist eine Gliederung der Partei i.S.d. § 8 Abs. 6 Organisationsstatut - OrgStatut -, dem eine Reihe kommunalpolitischer Aufgaben auf der Stadtebene übertragen sind (§ 2 der Stadtverbandssatzung); dem Parteitag dieser Ebene - als das oberste Organ des Stadtverbandes - kommt u.a. neben der Beschlussfassung über die Kandidat(inn)en für die Stadtratswahlen und die OB-Wahl die Aufgabe der „Beschlussfassung über grundsätzliche und aktuelle kommunalpolitische Fragen“ zu (§ 6 der Stadtverbandssatzung). Nach § 5 der Stadtverbandssatzung ist der Termin den Ortsvereinen 4 Wochen vorher unter Angabe der vorgeschlagenen Tagesordnung bekanntzugeben; die Frist für die Einladung der Delegierten beträgt 10 Tage (§ 5 Abs. 3). Nach § 5 Abs. 4 können Anträge u.a. von den Ortsvereinen gestellt werden; liegen sie 2 Wochen vor der Konferenz dem Stadtverband vor, werden sie der Konferenz schriftlich vorgelegt. Initiativanträge können auch während des Parteitages gestellt werden, sofern sie „politische Vorgänge betreffen, die sich zwischen dem Schluss der Antragsfrist und dem Parteitag ereignet haben“ und sie von mindestens 15 Delegierten unterzeichnet sind (§ 5 Abs. 4 Sätze 3 und 4). Nr. 9 der zu Beginn dieses Parteitages von den Delegierten angenommenen Geschäftsordnung hat diese Regelung zu Initiativanträgen übernommen. Dem ohne Gegenstimmen gewählten Präsidium des Parteitages gehörten der Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion (Genosse(...)), der stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende (Genosse (...)) und die stellvertretende VB-Vorsitzende (Genossin (...)) - die nicht dem Stadtverband angehört - an.

Während des Parteitages brachte der Antragsteller aus der Mitte des Parteitages einen Initiativantrag „Lebens- und Freizeitqualität am Fluss - Für ein grünes, autofreies und touristisch reizvolles M.ufer“, unterzeichnet von 15 Delegierten, ein. Nach Aufruf wurde der Antrag vom Antragsteller begründet und es gab zwei inhaltliche Wortbeiträge. Die dritte Wortmeldung, mit der beantragt wurde, vor einer Weiterbehandlung des Antrages den Parteitag darüber entscheiden zu lassen, ob dieser Antrag überhaupt als Initiativantrag im Sinne der Geschäftsordnung gewertet werden könne, bewertete das Präsidium als Antrag zur Geschäftsordnung, ob der Initiativantrag zugelassen und weiter beraten werden sollte. Die Mehrheit der Delegierten plädierte auf „Nichtzulassung des Initiativantrages im Sinne der Satzung“ mit der Folge, dass der Antrag nicht weiter behandelt wurde. Die Genossin (...) hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Mit anwaltlichem Schreiben vom 10. Juni 2011 - wobei keiner der beiden dem Büro angehörenden Rechtsanwälte Mitglied der SPD ist - erhob der Antragsteller bei der Landesschiedskommission (...) mit näherer Begründung „Beschwerde“ mit dem Antrag,

festzustellen, dass die Zurückweisung des Initiativantrages durch die Versammlungsleitung am 08. April 2011 auf dem SPD-Parteitag in (...) rechtswidrig war.

Gerügt wurde die fehlerhafte Besetzung des Präsidiums, weil die Genossin (...) nicht dem Stadtverband angehöre, dass nach dem Beginn der inhaltlichen Diskussion nicht mehr über die Nichtbefassung habe abgestimmt werden dürfen und dass der Antrag zu Unrecht nicht weiter behandelt worden sei, weil die formellen Hürden für eine Befassung mit Initiativanträgen zu hoch gesetzt worden seien. Unabhängig von dem vorliegenden Fall müssten aus parteipolitischen Gründen die in den Satzungen und Geschäftsordnungen abstrakt genannten Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Initiativantrages durch eine Entscheidung der Schiedskommission konkretisiert werden, um eine Richtschnur an die Hand zu geben.

Der Antragsgegner hinterfragte die Beauftragung eines Rechtsanwaltes durch den Antragsteller und trat dem Antrag entgegen. In der Sache verwies er darauf, dass die Position der SPD-Stadtratsfraktion, des SPD-Oberbürgermeisters, des SPD-Stadtverbandes und des Ortsvereins Stadtmitte -also des Antragstellers -in einer Sitzung am 28. April 2011 festgelegt worden und in einen interfraktionellen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion sowie der Fraktion der Grünen eingeflossen sei.

Mit Entscheidung vom 09. November 2011 wies die Landesschiedskommission B. in der Besetzung mit der Genossin und den Genossen ... (Vorsitzende), ... (stellvertretender Vorsitzender) und ... (Beisitzer) die Beschwerde „mehrheitlich“ als unbegründet zurück. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, das Präsidium sei ordnungsgemäß besetzt gewesen, weil weder die Satzung des Stadtverbandes (...) noch die Geschäfts- und Wahlordnung für den Parteitag am 08. April 2011 bestimmten, dass Nichtmitglieder des Stadtverbandes oder Personen ohne Delegiertenmandat dem Präsidium nicht angehören dürften. Den Statuten der Gesamtpartei sei hierfür ebenfalls nichts zu entnehmen. Die Mitglieder des Präsidiums seien vom Parteitag ohne Gegenstimmen gewählt worden. Zu Unrecht gehe der Antrag des Antragstellers schon davon aus, dass die Versammlungsleitung den Initiativantrag zurückgewiesen habe; tatsächlich sei er durch Mehrheitsbeschluss der Versammlung abgelehnt worden. Dies sei rechtlich nicht zu beanstanden. Das Präsidium habe die dritte Wortmeldung zutreffend als Geschäftsordnungsantrag angesehen und diesen Antrag zur Abstimmung gestellt; die Delegierten hätten dann mit Mehrheit für eine „Nichtzulassung des Initiativantrags im Sinne der Satzung“ gestimmt, weil sie ihn offenbar so verstanden hätten, dass er nicht politische Vorgänge betreffe, die sich zwischen dem Schluss der Antragsfrist und dem Parteitag ereignet hätten. Dies sei nicht zu beanstanden. Folge man der weiten Auslegung des Antragstellers zu dem Begriff des "politischen Vorgangs" in den maßgeblichen Vorschriften, liefen die eingrenzenden Vorschriften für Initiativanträge praktisch

leer. Grundsätzlich hätte die Delegierten des Parteitages das Recht, Anträge inhaltlich oder nur formal zu behandeln. So könne jederzeit ein Antrag auf „Schluss der Debatte“, „Nichtbefassung“ oder „Verweisung“ an einen anderen Parteitag gestellt werden. Beschließen die Mehrheit einen solchen Antrag, werde die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Sachantrag beendet, ohne dadurch rechtswidrig in die Rechte der Antragsteller einzugreifen. Dies gelte in gleicher Weise für regulär gestellte Anträge wie für Initiativanträge.

Im Rahmen der Entscheidungsfindung wurde von einem Mitglied der Landesschiedskommission eine eigene inhaltlich abweichende Äußerung erstellt („Sondervotum“), die offenbar auch den Verfahrensbeteiligten zur Kenntnis gelangt ist.

Gegen die seinen bevollmächtigten Rechtsanwälten am 11. November 2011 zugestellte Entscheidung legte der Antragsteller mit deren Schreiben vom 25. November 2011, am gleichen Tage per Fax eingegangen, bei der Bundesschiedskommission Berufung ein, die mit am 09. Dezember 2011 per Fax eingegangenen Schreiben der bevollmächtigten Rechtsanwälte begründet wurde. Diese nahmen zunächst auf ihr früheres Vorbringen Bezug und machten sich u.a. „die Ausführungen des Sondervotums des stellvertretenden Vorsitzenden der Landesschiedskommission vom 02. November 2011 zu eigen“.

Gerügt wird zunächst die ordnungsgemäße Besetzung der Landesschiedskommission; Gründe für die Verhinderung der gewählten Mitglieder in der Reihenfolge der Wahlergebnisse seien nicht ersichtlich und somit ein ordnungsgemäßes Nachrücken nicht dargetan. Die Mehrheitsmeinung der Landesschiedskommission verkenne, dass die Ablehnung der inhaltlichen Befassung mit dem Antrag auf dem Parteitag auf einer die Zulassung von Initiativanträgen unzulässig einengenden und damit unwirksamen Satzungs- bzw. Geschäftsordnungsvorschrift beruhe. Die Anforderung, dass es sich „um einen politischen Vorgang handeln müsse, der sich zwischen dem Schluss der Antragsfrist und dem Parteitag ereignet haben müsse“, beschränke mit den dort verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffen „die Minderheitenrechte von Parteitagsdelegierten in unzulässiger Weise und sei mit dem Grundverständnis der parteipolitischen Willensbildung der SPD nicht vereinbar“. Es müsse gerade einer Minderheit ermöglicht werden, umstrittene politische Themen im Rahmen des Parteitages zur Diskussion zu stellen. Die Landesschiedskommission habe den Begriff des „neuen politischen Vorgangs“ fehlerhaft ausgelegt. Auch habe die weitere Behandlung des Antrags nicht mehr aus formellen Gründen abgelehnt werden dürfen, nachdem dieser bereits inhaltlich diskutiert worden sei. Nach alledem sei der Parteitagsbeschluss unwirksam.

Nachdem die Bundesschiedskommission den Antragsteller darauf hingewiesen hat, dass nach der ständigen Rechtsprechung der Bundesschiedskommission Beistände i.S. des § 11 Abs. 3 SchiedsO nur Parteimitglieder sein könnten und auch nur mit diesen der Schriftverkehr geführt

werden könne, teilte der Antragsteller mit, dass er im Verfahren von seinem Vorsitzenden vertreten werde.

Der Antragsteller beantragt im Berufungsverfahren nunmehr,

1. den Beschluss der Landesschiedskommission vom 09.November 2011 aufzuheben, und
2. auf die Beschwerde des Antragstellers den Beschluss des Parteitages der SPD A. vom 08. April 2011, den Initiativantrag des SPD-Ortsvereins Stadtmitte (..) „Lebens- und Freizeitqualität am Fluss - für ein grünes, autofreies und touristisch reizvolles M.ufer“ zurückzuweisen, aufzuheben und den Initiativantrag des SPD-Ortsvereins (...) auf dem nächsten ordentlichen Parteitag des Stadtverbands inhaltlich zur Beratung zu stellen.

Der Antragsgegner hat sich im Berufungsverfahren bisher nicht geäußert.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den gesamten Inhalt der Akten verwiesen.

B.

Die fristgerecht eingelegte Berufung des Antragstellers führt zwar zur Aufhebung der angegriffenen Entscheidung der Landesschiedskommission vom 09. November 2011, da diese an wesentlichen Verfahrensfehlern leidet (I.). In der Sache jedoch hat das Begehren des Antragstellers keinen Erfolg (II.). Dies kann die Bundesschiedskommission feststellen, ohne die Sache zuvor an die Landesschiedskommission zurückverwiesen zu haben; die Statuten sehen im Falle eines Statutenstreitverfahrens die Möglichkeit einer Zurückverweisung in die Vorinstanz nicht ausdrücklich vor. Wollte man die Vorschriften über das Parteiordnungsverfahren entsprechend anwenden (§ 21 Abs. 5 SchiedsO), lägen die Voraussetzungen für eine Zurückverweisung, wie sie § 27 Abs. 1 SchiedsO nennt (Beruhen der Entscheidung auf mangelhafter Sachaufklärung oder Versagung rechtlichen Gehörs) nicht vor. Im Übrigen erscheint es auch aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung und im Interesse aller Verfahrensbeteiligten sachgerecht, in der Sache selbst zu entscheiden.

Dabei geht die Bundesschiedskommission zunächst zu Gunsten des Antragstellers davon aus, dass die für diesen fristgerecht eingelegte und begründete Berufung (§ 26 Abs. 3 i.V.m. § 25 Abs. 2 SchiedsO) wirksam ist, obwohl die ihn vertretenden Rechtsanwälte nicht der SPD angehören. Zwar ist nach der ständigen Rechtsprechung der Bundesschiedskommission davon auszugehen, dass die Regelung des § 11 Abs. 3 SchiedsO - die auf alle Verfahren vor den Schiedskommissionen anzuwenden ist - dahin auszulegen ist, dass Beistände im

Verfahren zwingend Parteimitglieder sein müssen; es wäre somit fraglich, ob außenstehende Dritte - auch wenn es sich um Rechtsanwälte handelt - überhaupt wirksam Verfahrenshandlungen in Parteischiedsverfahren vornehmen können. Die Anwendung dieser Rechtsauffassung im vorliegenden Verfahren hätte aber zugleich zur Folge, dass schon das gesamte Verfahren nicht wirksam eingeleitet worden wäre. Da jedoch der Antragsteller hierauf in der Vorinstanz zu keinem Zeitpunkt hingewiesen worden ist und somit keine Gelegenheit hatte, hieraus Konsequenzen zu ziehen, lässt die Bundesschiedskommission den Fortgang des Verfahrens daran nicht scheitern.

I. Die Entscheidung der Landesschiedskommission vom 09. November 2011 ist verfahrensfehlerhaft zustande gekommen und deshalb aufzuheben. Zunächst ist festzustellen, dass die Kommission nicht ordnungsgemäß besetzt war. Die Regelungen über die Zusammensetzung und Wahl der Mitglieder der Schiedskommissionen (§ 34 Abs. 3 und 5 OrgStatut) und die Besetzung im konkreten Entscheidungsfall (§ 34 Abs. 4 OrgStatut i.V.m.§ 4 SchiedsO) orientieren sich an den Grundsätzen, wie sie auch bei staatlichen Gerichten zur Sicherstellung des Mitwirkens des „gesetzlichen Richters“ gelten. Dies verbietet, die Mitwirkung an einem Verfahren/einer Entscheidung völlig in das Belieben der in diese Funktionen Gewählten zu stellen. Ob in einem Verfahren, das sich über mehrere Monate hinzieht, der anfangs gegebene bloße Hinweis darauf, „beruflich stark eingespannt zu sein“ oder die Angabe, „derzeit nicht am b. Wohnort zu sein“ - wobei jede nähere zeitliche Festlegung fehlt -, als Verhinderungsgrund ausreicht, der den Vertretungsfall auslöst, erscheint zweifelhaft. Die Feststellung der Verhinderung an der Mitwirkung an einer Entscheidung erfordert auf jeden Fall, dass die Umstände, die den Eintritt des Vertretungsfalles belegen sollen, konkret auch in zeitlicher Hinsicht und insgesamt nachvollziehbar bezogen auf die Mitwirkungshandlungen, die erforderlich werden, festgehalten werden.

Im Ergebnis kommt es aber auf diese Frage nicht entscheidend an, denn verfahrensfehlerhaft ist die getroffene Entscheidung auch schon deswegen, weil sie nicht nur das Abstimmungsergebnis ausweist („mehrheitlich“), sondern durch Bekanntgabe eines „Sondervotums“ das Beratungsgeheimnis verletzt worden ist. Auf das Verfahren vor den Schiedsgerichten der Partei - deren Einsetzung von § 14 ParteienG gefordert wird, der in Absatz 4 zugleich allgemeine Vorgaben für ein rechtsstaatliches Verfahren macht - sind allgemeine Grundsätze aus staatlichem Prozessrecht anzuwenden, sofern die Statuten nicht ausdrücklich abweichende Regelungen treffen oder die Natur der Sache (internes Verfahren einer politischen Partei) besondere Anforderungen stellt.

Es kann dahinstehen, ob in der Art und Weise der Beteiligung des stellvertretenden Vorsitzenden im Vorfeld der Entscheidungsfindung überhaupt eine „Mitwirkung“ im Sinne der Verfahrensregelungen gesehen werden kann. Auf keinen Fall ist es zulässig, das

Beratungsgeheimnis nicht nur durch Mitteilung des Abstimmungsergebnisses, sondern gar durch ein veröffentlichtes „Sondervotum“ zu durchbrechen. Im staatlichen Prozessrecht gilt allgemein der Grundsatz des Beratungsgeheimnisses; eine Durchbrechung ist nur dort ausnahmsweise zulässig, wo dies ausdrücklich vorgesehen ist (etwa beim Bundesverfassungsgericht und einigen Landesverfassungsgerichten). Auch von einem überstimmten Mitglied eines Spruchkörpers wird als wesentlicher Bestandteil der richterlichen Dienstpflichten grundsätzlich verlangt, dass es sich nach außen für die getroffene Entscheidung auch dann mit "in Haftung nehmen lässt", wenn es intern eine andere Auffassung vertreten hat. Als Berichterstatter muss man z.B. auch dann, wenn man überstimmt worden ist, ggfs. die Mehrheitsentscheidung begründen. Gleiches gilt für die Arbeit der parteiinternen Schiedsgerichte.

II. In der Sache hat die Berufung jedoch keinen Erfolg. Das vom Antragsteller verfolgte Begehren kann in der Form, wie es mit dem Berufungsantrag konkret formuliert worden ist, schon nicht Gegenstand eines Statutenstreitverfahrens nach § 34 Abs. 2 Nr. 2 OrgStatut i.V.m. § 1 Abs. 1 Buchst. b) und § 21 SchiedsO sein (1.). Auch dann aber, wenn man das Begehren des Antragstellers weiter auslegen und ihm eine übergreifende, im Statutenstreitverfahren zu beantwortende verallgemeinerungsfähige Satzungsfrage entnehmen wollte, hätte der Antrag keinen Erfolg (2.).

1. Nimmt man den gestellten Antrag wörtlich („Aufhebung eines Parteitagsbeschlusses über die Behandlung eines Sachantrags“), ist damit keine im parteiinternen Schiedsverfahren klärungsfähige Frage formuliert; auch das Statutenstreitverfahren wäre dafür keine statthafte Verfahrensart. Die Bundesschiedskommission geht in ständiger Rechtsprechung davon aus, dass das Organisationsstatut, die Schiedsordnung und die Wahlordnung der Partei abschließend regeln, in welchen Arten von Verfahren eine Zuständigkeit der nach den Vorgaben des Parteiengesetzes gebildeten Schiedskommissionen gegeben ist; es sind dies Parteiordnungsverfahren, Statutenstreitverfahren und Wahlanfechtungsverfahren. Es gibt somit keine Allzuständigkeit der Schiedskommissionen dahingehend, dass sie jegliche Maßnahme von Organen oder Gremien der Partei überprüfen könnten, vergleichbar im öffentlichen Bereich etwa der allgemeinen Zuständigkeitsklausel nach § 40 VwGO für die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Von daher hat die Bundesschiedskommission in der Vergangenheit bereits mehrfach entschieden, dass nicht jede Handlung, Maßnahme, Beschlussfassung oder Unterlassung im Parteibereich Gegenstand einer Kontrolle durch die Schiedskommissionen sein kann (vgl. etwa Entscheidungen vom 22.12.2008 - 5/2008 -; vom 12.01.2006 - 112005/St -; vom 27.09.2002 - 06/2002 -; vom 22.09.2000 - 02/2000/St -; vom 20.09.1999 - 01/1999/St -; vom 14.10.1998 - 04/1998 -).

Dass die Parteistatuten eine derartige umfassende Zielsetzung, praktisch alles überprüfbar zu machen, nicht erfassen wollen, wird nicht zuletzt auch daran deutlich, dass im Statutenstreitverfahren keinerlei Fristen vorgesehen sind. Dies wäre aber auf jeden Fall erforderlich, weil sonst jegliche Handlung, Maßnahme oder Entscheidung von Gremien und Organen auf unabsehbare Zeit einer Anfechtungsmöglichkeit ausgesetzt wäre, was das Parteigeschehen dauerhafter Unsicherheit mit unabsehbaren Folgen aussetzen würde.

2. Gegenstand eines Statutenstreitverfahrens können sein „Streitigkeiten über die Anwendung und Auslegung des Organisationsstatuts und der Satzungen sowie der Grundsätze (§ 10) und Arbeitsrichtlinien der Arbeitsgemeinschaften" (§ 34 Abs. 2 Nr. 2 OrgStatut i.V.m. § 1 Abs. 1 Buchst. b) und § 21 SchiedsO). Löst man das Anliegen, das letztlich hinter dem vom Antragsteller unterbreiteten Sachverhalt und seinem Antrag steht, vom Einzelfall und führt es auf seinen allgemeinen Kern zurück, könnte man eine klärungsfähige Frage möglicherweise dahingehend formulieren, ob eine Regelung wie die in § 5 Abs. 6 der Satzung des Unterbezirks (...) übernommen in § 5 Abs. 4 Satz 3 und 4 der Satzung des Stadtverbandes und in Nr. 9 der Geschäftsordnung für den Parteitag des Antragsgegners, enthaltene, die gewisse formelle und inhaltliche Hürden für die Befassung mit Initiativanträge auf Parteitagen aufstellt, mit übergeordnetem Satzungsrecht vereinbar ist.

Gegen die Regelung dürften so lange keine Bedenken bestehen, wie - ungeachtet der formulierten einschränkenden Voraussetzungen - grundsätzlich das Letztentscheidungsrecht, ob die Beratung eines Antrags aufgenommen und wie er behandelt und abgestimmt wird, bei den Delegierten der jeweiligen autonomen Versammlung liegt. Dass auch in (...) das Satzungsrechts so verstanden wird, zeigt nicht zuletzt der Ablauf des Parteitages am 08. April 2011; der streitige Initiativantrag wurde zunächst vom Präsidium zur Beratung aufgerufen und mit Wortmeldungen inhaltlich behandelt. Dagegen, dass auf einen Antrag zur Geschäftsordnung hin die Versammlung (hier: der Parteitag) mehrheitlich beschließt, sich nicht weiter mit dem Antrag zu befassen, ist kein Antragsteller gefeit -sogar auch dann nicht, wenn es sich um einen ordentlichen, also fristgerecht eingereichten Antrag handeln sollte; Dies ist als Ausfluss des Mehrheitsprinzips und der Entscheidungsautonomie des Parteitages zu akzeptieren.

In einer Demokratie gilt der Grundsatz, dass bei Wahlen und Abstimmungen die Mehrheit entscheidet und dass die Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennt. Sie hat dafür die Chance, bei künftigen Wahlen und Abstimmungen ihrerseits die Mehrheit zu erringen, und kann erwarten, dass dann ihre Entscheidungen respektiert werden. Das Mehrheitsprinzip ist eine Kompromisslösung. Die Mehrheitsentscheidung muss nicht richtig sein. Das Mehrheitsprinzip gewährleistet aber, dass „Konflikte friedlich ausgetragen werden" (so Horst Pötzsch: Die deutsche Demokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 7).

Natürlich sind der Macht der Mehrheit durch den Minderheitenschutz Grenzen gesetzt. Indes bietet der Sachverhalt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass auf dem Parteitag des SPD-Stadtverbands in die Rechte der Minderheit unverhältnismäßig eingegriffen worden ist.

Verwiesen sei hierzu auch auf § 20 Abs. 4 i.V.m. § 18 Abs. 3 OrgStatut und den jeweiligen Geschäftsordnungen über die Behandlung von Initiativanträgen auf Bundesparteitagen; danach werden Initiativanträge behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Motive, aus denen die Delegierten zustimmen oder nicht, mögen vielfältig sein, entziehen sich aber jedenfalls einer rechtlichen Kontrolle.

3. Unabhängig von allen vorstehenden rechtlichen Ausführungen ist es dem Antragsteller im Übrigen unbenommen, zum nächsten Parteitag fristgerecht Anträge zu allen die Politik vor Ort berührenden Fragen zu stellen, die er der Erörterung für bedürftig hält. Einer

Entscheidung des Schiedsgerichts bedarf es dafür nicht. Dass ein Antrag zum gleichen Thema in der Vergangenheit schon einmal Beratungsgegenstand war und in bestimmter Weise behandelt worden ist, macht die Antragstellung nicht unzulässig; hierfür bietet das Satzungsrecht keine Grundlage. Es wäre dann wiederum allein Sache der Versammlungsteilnehmer zu entscheiden, wie derartige Anträge behandelt und entschieden werden, wobei sicher auch die zwischenzeitlich eingetretene weitere Entwicklung der Thematik eine Rolle spielen dürfte.

Hannelore Kohl